

Antrag

Hannover, den 03.09.2019

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Fake-Shops bekämpfen und nationales IT-Gütesiegel etablieren - digitale Sicherheitslücken schließen**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

In den vergangenen Jahren sind sogenannte Fake-Shops, gefälschte Internetseiten angeblicher Versandhändler, professioneller und authentischer geworden. Verbraucher beschwerten sich zunehmend, dass diese Fake-Shops bei flüchtiger Betrachtung nur schwer erkennbar sind und die Identifizierung gefälschter Seiten zum Teil mit einem hohen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden ist. Teilweise sind sie exakte Kopien real existierender Websites. Sie wirken auf den ersten Blick seriös und lassen daher beim Käufer selten Zweifel an ihrer Authentizität aufkommen. Auf ein Gütesiegel wie z. B. „Trusted Shops“ kann die Verbraucherin oder der Verbraucher ebenfalls nicht vertrauen, da Fake-Shops die entsprechenden Logos widerrechtlich kopieren und diese auf der gefälschten Seite platzieren können.

Der Verbraucherschutz-Plattform „Marktwächter Digitale Welt“ zufolge sind bereits 4,4 Millionen Deutsche Opfer von gefälschten Onlineshops geworden. Die größere Problematik besteht aber im Hinblick auf die persönlichen Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch den Onlineeinkauf erhält der Betrüger Zugang zu Daten der Käuferin oder des Käufers und kann diese illegal weiterverwenden.

Um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Nutzung digitaler Dienstleistungen signifikant zu verbessern, müssen sogenannten Fake-Shops unterbunden werden. Diese falschen Online-Shops bieten in betrügerischer Absicht Produkte wie günstige Markenkleidung an, die die Kundinnen und Kunden allerdings nach Zahlung des Kaufpreises nie erhalten. Die Aufforderung der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) an das Bundesjustizministerium, die Veröffentlichung einer Fake-Shop-Liste im Internet zu prüfen, ist ein richtiger Ansatz, jedoch nicht ausreichend.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf bundespolitischer Ebene dafür einzusetzen, dass

1. Bildungsangebote für digitale Aufklärung ausgebaut und erweitert werden,
2. eine zentrale Ansprechstelle etabliert wird, an die sich Geschädigte sowie auch der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv) wenden können, um gezielt gegen die Fake-Shops vorzugehen,
3. die Kompetenzen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erweitert werden,
4. die bereits existierenden Gütesiegel durch ein Verfahren ergänzt werden, mit welchem eine Verbraucherin oder ein Verbraucher leicht die Rechtmäßigkeit des Siegels prüfen kann,
5. geprüft wird, inwieweit eine stärkere Verpflichtung zur Bereitstellung von Updates durch die Hersteller von softwaregesteuerten IT-Produkten umgesetzt werden kann.

Begründung

Der Branchenverband der Informations- und Telekommunikationsbranche in der Bundesrepublik, Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom), hat 2017 eine repräsentative Studie über Internetkriminalität/Cybercrime veröffentlicht. Dieser Studie zufolge wurde jeder zweite deutsche Internet-User (49 %) in den vergangenen zwölf Monaten ein Opfer von Schadprogrammen, Hackerangriffen, Fake-Shops oder ähnlichen kriminellen Machenschaften im digitalen Raum. In seinem ebenfalls 2017 erschienen „Norton Cyber Security Insights Report“ kam das US-amerikanische IT-Sicherheitsunternehmen Norton Internet Security zu dem Ergebnis, dass rund 23 360 000 deutsche Internetnutzer unter Internetkriminalität zu leiden gehabt hätten. Deutschland sei daraus ein finanzieller Schaden in Höhe von 2,6 Milliarden US-Dollar entstanden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Anrecht darauf, frei von Angst vor Verbrechen an der digitalen Gesellschaft teilhaben zu dürfen und diese aktiv mitzugestalten. Eine digitale Bildungsoffensive verbunden mit der Bekämpfung von Fake-Shops sowie der Einführung eines bundesweiten IT-Gütesiegels sind die probaten Mittel, um dieses Ziel zu verwirklichen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 04.09.2019)